Neue Russophilie

Die Ukraine streitet um die Ausrichtung der Geschichtsschreibung

Ulrich M. Schmid · Jede Macht entwirft ihr eigenes Herrschaftswissen. Deutlich kann man diese Regel an der Geschichtspolitik der neuen ukrainischen Regierung beobachten. Präsident Viktor Janukowitsch, dessen manipulierte Wahl im Jahr 2004 die orange Revolution ausgelöst hatte, ist seit Februar 2010 im Amt. Er hat die Zeit nicht ungenutzt verstreichen lassen: Die offizielle Kultur ist heute viel stärker auf Russland ausgerichtet, man verharmlost die sowjetische Vergangenheit zusehends, der Zugang zu den Archiven wird systematisch behindert.

Diese Kursänderung lässt sich bereits jetzt in den Schulbüchern nachweisen. Die neuste Ausgabe des Geschichtslehrbuchs für die fünfte Klasse weist gegenüber der letzten Auflage aus dem Jahr 2005 einige Änderungen auf. Auf dem Umschlag fehlen als Hintergrund die Demonstranten, die während der orangen Revolution auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz aufmarschiert waren. Nun sind nur noch Kosaken und ukrainische Denker abgebildet. Im Text selber wurden nur kleine, aber bezeichnende Änderungen vorgenommen. So fehlt in der neuen Ausgabe bei der Charakterisierung der Sowjetmacht der Hinweis darauf, dass sie die ukrainischen «Patrioten» liquidiert habe. Ausserdem wird der von Stalin verschuldete «Holodomor», die verheerende Hungersnot von 1932/33, nicht mehr als «künstlich» bezeichnet. Schliesslich wird auch die orange Revolution mit keinem Wort mehr behandelt und durch eine nüchterne Aufzählung der amtierenden Präsidenten ersetzt.

Der verantwortliche Vertreter des Bildungsministeriums, Olexander Udod, rechtfertigte diesen Schritt mit den folgenden Worten: «Wir können den Fünftklässlern die Jahre 2004 bis 2005 nicht erklären, denn die Kinder verstehen das Wesen der orangen Revolution nicht. Sogar die Erwachsenen – Historiker, Politiker, Politologen – sind damit überfordert.» Ähnliche Ansichten vertritt auch der Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk, der als russophiler Hardliner gilt. Im Juni hatte er öffentlich gefordert, dass Geschichtsbücher die letzten zehn Jahre nicht behandeln dürften, denn bei diesem Zeitraum handle es sich nicht um Geschichte, sondern Politik. Tabatschnyk hatte dabei die «orange Ideologisierung» unter Juschtschenko sogar mit der sowjetischen Indoktrination verglichen.

Zurzeit erhitzt auch der Fall des jungen Direktors des Lemberger Geheimdienstmuseums, Ruslan Zabilyi, die Gemüter. Am 8. September wurde er während vierzehn Stunden vom ukrainischen Geheimdienst SBU festgehalten, ausserdem wurden sein Notebook und zwei externe Harddisks mit wissenschaftlichem Material beschlagnahmt. Man warf ihm vor, Staatsgeheimnisse verraten zu wollen. Zabilyi seinerseits erklärt, er habe lediglich historische Dokumente über die Repression der ukrainischen Befreiungsarmee UPA nach dem Zweiten Weltkrieg durch den sowjetischen Geheimdienst untersucht. In einem Communiqué wies der SBU darauf hin, dass Zabilyi als SBU-Archivmitarbeiter seinen Zugang zu klassifiziertem Material missbraucht habe. Einen politischen Hintergrund gebe es bei der Affäre nicht. Der angeblichen ideologischen Neutralität des SBU widerspricht allerdings die Verhörpraxis. Zabilyi gibt an, man habe ihm geraten, «an seine Familie zu denken» und «als Lehrer in einer Schule zu arbeiten». Ausserdem sei er zu seinem Verhältnis zur Lustration, zum «Holodomor» und zur nationalen Geschichte befragt worden. Pikanterweise ist aber auch Zabilyi selbst unter Historikern nicht unumstritten – seine Arbeiten gelten als nationalistisch und konservativ.